

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

14.11.2009 /19.20-19.50 Uhr
15.11.2009 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Solidarität auf Kosten von Transparenz? Der Umgang mit dem NATO-Bericht zum Luftangriff bei Kundus
- Viel Spannungen, wenig Harmonie - die zivil-militärische Zusammenarbeit zwischen Streitkräften und Hilfsorganisationen am Hindukusch
- Taktische Atomwaffen in Deutschland – Abzug nur noch eine Frage der Zeit?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal beschäftigen wir uns mit folgenden Themen:

- Solidarität auf Kosten von Transparenz? Der Umgang mit dem NATO-Bericht zum Luftangriff bei Kundus.
- Viel Spannungen, wenig Harmonie - die zivil-militärische Zusammenarbeit zwischen Streitkräften und Hilfsorganisationen. Und:
- Taktische Atomwaffen in Deutschland – Abzug nur noch eine Frage der Zeit?

Bei dem Luftangriff auf die zwei von den Taliban gekaperten Tanklaster hat es möglicherweise bis zu 142 Tote gegeben. Das steht in dem in der vergangenen Woche vorgelegten NATO-Untersuchungsbericht. Viel mehr ist öffentlich allerdings nicht zu erfahren – denn der Report ist geheim. Möglicherweise hat die Bundeswehr allerdings gar kein Interesse, dass weitere Einzelheiten bekannt werden. Hören Sie Andreas Dawidzinski:

Manuskript Andreas Dawidzinski

Normalerweise wird einem neuen Minister eine Einarbeitungszeit eingeräumt. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat diese Zeit nicht bekommen. Während der Übergabe des Amtes durch seinen Vorgänger wurde dem Ministerium am 28. Oktober der bereits lange erwartete NATO-Untersuchungsbericht zum Luftangriff bei Kundus übergeben – aus Sicherheitsgründen per Kurier. Im Verteidigungsministerium war bereits festgelegt worden, wie nach der Vorlage des Geheimreports verfahren werden sollte.

In der Nacht kam eine Auswertegruppe zusammen, um den 75 Seiten umfassenden Bericht und seine 500 Seiten Anlagen zu studieren. Am Mittag gab dann der oberste Soldat der Bundeswehr, Generalinspekteur Schneiderhan, eine 11 Minuten lange Erklärung ab. Fragen der eilig zusammengetrommelten Journalisten waren nicht zugelassen. Zum Inhalt des Untersuchungsberichts sagte Schneiderhan wenig. Dafür schilderte der General umfassend die schwierige militärische Situation, in der sich der damalige Kommandeur von Kundus befunden hatte:

O-Ton Schneiderhan

„Es handelte sich um eine Kombination aus üblicher Vorgehensweise der feindlichen Kräfte, den vorhandenen Warnhinweisen über einen größeren geplanten Anschlag und dem Versuch der feindlichen Kräfte, sich die Mittel für einen solchen Anschlag zu beschaffen. Das führte nach meiner Bewertung zu der richtigen Lagebeurteilung, dass der Luftangriff zum damaligen Zeitpunkt militärisch angemessen war.“

Allerdings war der politischen und militärischen Führung schon kurz nach dem verheerenden Luftangriff klar, dass bei der Anforderung des Luftschlags gegen NATO-Einsatzregeln verstoßen worden war. Darauf ging der Generalinspekteur in seinem Statement am 29. Oktober aber lediglich ganz kurz und dann auch nur indirekt ein:

O-Ton Schneiderhan

„Ohne jetzt an dieser Stelle zu sehr ins Detail gehen zu können, stelle ich fest, dass in dem Untersuchungsbericht eine ganze Reihe von Empfehlungen enthalten sind, die darauf abzielen, die hier angewandten Verfahren und Vorschriften zu verbessern. Das schließt auch die Fachausbildung ein.“

Diese Aussage ist der einzige Hinweis des Generalinspektors auf mögliche Fehler bei der Anforderung des Luftangriffs. Dabei war schon längst durchgesickert, dass der Kommandeur von Kundus gegen Einsatzregeln der NATO verstoßen hatte: gegen die Rules of Engagement und das Standard-Einsatzverfahren, die sogenannten Standing Operation Procedures.

Von ISAF-Befehlshaber McChrystal war kurz zuvor ein Kurswechsel angekündigt worden. Der Schutz der Bevölkerung soll im Mittelpunkt der Militäroperationen stehen, nicht der Kampf gegen die Taliban. Ein Umdenken der ISAF-Truppe wurde gefordert. Die entsprechende Weisung schließt ein militärisches Vorgehen gegen Aufständische zwar nicht aus, aber in Zweifelsfällen sollte insbesondere auf Luftangriffe verzichtet werden.

Sogenannte Luftnahunterstützung ist nach den NATO-Vorschriften nur zulässig, wenn eigene Truppen Feindberührung haben oder aber eine unmittelbare Bedrohung besteht. Die beiden von den Taliban gekaperten Tanklaster hatten sich ungefähr sieben Kilometer vom deutschen Feldlager entfernt auf einer Sandbank festgefahren – jedoch nicht in Fahrtrichtung zum Bundeswehr-Camp. Es heißt, der Kommandeur von Kundus habe als Begründung für die Luftunterstützung gegenüber den Piloten zunächst „Feindberührung“ angegeben, obwohl keine Soldaten vor Ort waren. Später sei dann von einer „unmittelbaren Bedrohung“ die Rede gewesen. Nach den ISAF-Bestimmungen muss vor einem Luftschlag sichergestellt sein, dass keine Unbeteiligten gefährdet sind. Die Operationszentrale in Kundus stand in der Nacht zum 4. September offenbar in Kontakt mit einem afghanischen Informanten. Diese Quelle soll mehrmals berichtet haben, bei der Menschenmenge um die LKW handle es sich allein um Aufständische - unter ihnen seien auch vier Talibanführer.

Das Geschehen auf der Sandbank konnte im Gefechtsstand im deutschen Feldlager live über die von den Kampfflugzeugen übermittelten Bilder beobachtet werden. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums sprach wenig später sogar von einem dritten Aufklärungsstrang, über den er allerdings keine Einzelheiten nennen wollte. Doch es stellte sich schon bald heraus, dass es diese

Quelle nicht gegeben hat. Bei der NATO kommt man inzwischen zu dem Schluss, es habe kein klares und kontinuierliches Lagebild gegeben.

Die US-Piloten der beiden F-15 Kampfflugzeuge sollen dem deutschen Kommandeur fünfmal vorgeschlagen haben, die Tankklaster niedrig zu überfliegen, - als Warnung, um die Menge am Boden zu vertreiben. Die Piloten hatten offenbar Zweifel, dass die Bombardierung im Einklang mit den ISAF-Bestimmungen stand. „Show of Force“ wird eine solche Machtdemonstration genannt. Die Menschen wären voraussichtlich in Panik geflüchtet, mit ihnen wohl auch die gemeldeten Taliban-Führer, - allerdings ohne die festgefahrenen Tankklaster. Aber ging es dem deutschen Kommandeur allein um die mögliche Bedrohung durch die gekaperten Tanker? Oder ging es möglicherweise auch um die Ausschaltung der Taliban-Führer und der zahlreichen Aufständischen? - Das letzte Wort bei der Luftnahunterstützung hat die Bodenstelle. Der Kommandeur von Kundus lehnte eine Warnung durch Überflüge ab. Die Flugzeuge warfen schließlich zwei Bomben ab. Bis zu 142 Menschen wurden getötet.

Die Bundeswehr hat sich nicht sofort an den Ort der Bombardierung begeben, obwohl es nach einer ISAF-Direktive so vorgesehen ist. Als die Soldaten dort später eintrafen, waren die Toten von Einheimischen bereits geborgen worden. Das ist einer der Gründe, warum sich die genaue Zahl der Opfer nicht mehr exakt ermitteln lässt.

Der Kommandeur von Kundus musste in dieser extremen Situation weitreichende und schwierige Entscheidungen treffen. Für solche Fälle steht ihm vor Ort u.a. ein Rechtsberater zur Verfügung. Doch dieser ist offenbar nicht konsultiert worden. Während des sich über vier Stunden hinziehenden Dramas ist auch kein Kontakt zu den Vorgesetzten in Masar-i-Scharif oder Kabul aufgenommen worden. Einzige Berater des Kommandeurs waren in der Nacht ein Oberfeldwebel und ein Hauptmann, die Kontakt zu den Kampfflugzeugen bzw. zum afghanischen Informanten hielten.

Nach dem verheerenden Luftangriff warnte Verteidigungsminister Jung vor einer Vorverurteilung und stellte sich schnell vor den Bundeswehr-Offizier – ge-

nauso wie die Soldaten in Kundus. Sie sahen sich schon seit Wochen heftigen Attacken der Aufständischen ausgesetzt. Kaum eine Patrouille, die nicht beschossen wurde. Anders als das Verteidigungsministerium sahen sich die Soldaten im Krieg. Die Stimmung in Kundus war schlecht. So mancher Soldat fühlte sich von der politischen und militärischen Führung im mehrere tausend Kilometer entfernten Berlin im Stich gelassen. Nach der öffentlichen Kritik an dem Luftschlag rumorte es in der Truppe.

Schließlich reiste der Generalinspekteur mehr als eine Woche nach dem Luftschlag nach Kundus, um sich selbst ein Bild über die Lage vor Ort zu machen. Es ging aber auch darum, die Gemüter zu beruhigen. Für Kritiker erfolgte diese Reise viel zu spät. Nach der Rückkehr setzte sich Schneiderhan für eine lückenlose Aufklärung des Vorfalles ein. Zitat:

Zitat Schneiderhan

„Das beste Mittel gegen Spekulationen ist die Offenlegung der Wahrheit. ...Wir müssen uns aber auch darauf einstellen, dass dabei Einzelheiten festgestellt werden, die von uns weitere Antworten verlangen. Darauf sollten wir aber gelassen reagieren und Spekulationen tunlichst unterlassen.“

Es gab die Befürchtung, ein Verfahren gegen den Kommandeur wegen des Luftschlags könnte die eh schon angeschlagene Moral der Truppe noch weiter untergraben. Die Sorge ging um, die Soldaten würden in kritischen Situationen gar nichts mehr entscheiden – weil sie befürchteten, sich deswegen vor Gericht verantworten zu müssen. Der scheidende Verteidigungsminister Franz Josef Jung sprach bei seiner Verabschiedung im vergangenen Monat aus, was viele in der Bundeswehr denken. Und er bekam dafür viel Applaus:

O-Ton Jung

„Ich bin und bleibe der Auffassung, und das sage ich auch ausdrücklich für Oberst Klein, dass Soldaten, die einen Auftrag im Rahmen des Mandates wahrnehmen, im Interesse unserer Sicherheit sich engagieren, und deshalb nicht mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen konfrontiert werden sollten.“

Diese Zielrichtung hatte auch die Erklärung von Generalinspekteur Schneiderhan nach Eintreffen des NATO-Untersuchungsberichts. Adressat war vor allem die Generalstaatsanwaltschaft Dresden, die die Einleitung von Ermittlungen

prüfte. Das Statement des Generals und die Prüfung des Geheimreports blieben offenbar nicht ganz ohne Wirkung. Die sächsische Anklagebehörde übergab den Fall der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe – weil sie von einem bewaffneten Konflikt - also einem Krieg - in Afghanistan ausgeht.

Der neue Verteidigungsminister sieht das genauso. Zu Guttenberg spricht ganz bewusst von kriegsähnlichen Verhältnissen - anders als sein Vorgänger, der das Wort Krieg nicht in den Mund nehmen wollte. Die Folge: Die Rechtsposition des Kommandeurs von Kundus hat sich verbessert. Denn die Rechtsgrundlage ist jetzt nicht mehr das nationale Strafrecht, sondern das Völkerstrafgesetzbuch bzw. das humanitäre Kriegsvölkerrecht. Deshalb befasst sich nun die Generalbundesanwaltschaft mit dem Fall. Geprüft wird in erster Linie, ob der Befehl des Offiziers zum Luftschlag verhältnismäßig war. Ob NATO-Einsatzregeln beachtet worden sind, spielt dabei keine Rolle. Bei der Bundesanwaltschaft sind wegen des Luftangriffs bereits mehrere Strafanzeigen eingegangen. Sie sind von der Behörde bisher ausnahmslos abgewiesen worden.

Rückendeckung hat der Oberst zusätzlich von Verteidigungsminister zu Guttenberg bekommen. Denn nach Abgabe des Verfahrens an die Bundesanwaltschaft bezeichnete der CSU-Politiker den Luftschlag von Kundus nicht nur als militärisch angemessen. Er ging über die Feststellung des Generalinspektors sogar noch hinaus - indem zu Guttenberg die in dem geheimen NATO-Untersuchungsbericht festgestellten Fehler und Verstöße letztlich für unerheblich erklärte:

O-Ton zu Guttenberg

„Ich formuliere es mal umgekehrt: Wenn das Ganze fehlerfrei vonstatten gegangen wäre, komme ich auch zu dem Schluss, dass der Luftschlag hätte stattfinden *müssen*.“

Zugleich lehnte der Verteidigungsminister es ab, wegen der Regelverstöße ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Offenbar auch ein Signal an Karlsruhe.

Mit der Rechtfertigung des Luftschlags konterkariert zu Guttenberg allerdings den neuen Ansatz von ISAF-Befehlshaber McChrystal, bei einer Gefährdung

von Zivilisten auf Luftangriffe zu verzichten. Denn der neue Verteidigungsminister geht zugleich davon aus, dass bei dem Angriff auch Unbeteiligte zu Schaden gekommen sind. NATO-Stellen halten den Luftangriff für einen Fehler. Bei Beachtung der ISAF-Regeln wäre es gar nicht zu dem Luftangriff gekommen. In dasselbe Horn stößt die Opposition. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, der den NATO-Untersuchungsbericht in der Geheimchutzstelle des Bundestages gelesen hat:

O-Ton Arnold

„Es ist eindeutig: Es gab Versäumnisse, es gab einen gravierenden Fehler, dieser Einsatz war nicht im Einklang mit den ISAF-Weisungen und es gab auch keine unmittelbare Bedrohung für das deutsche Kontingent. Und insofern muss man sich hier einfach der Wahrheit stellen.“

Zu Guttenberg hat Offenheit und Transparenz angekündigt. Der Verteidigungsminister hat die NATO gebeten, einen zusätzlichen, nicht als geheim eingestuften Bericht vorzulegen. Jedoch ohne Erfolg:

O-Ton Guttenberg

„Dem kann man seitens der NATO offensichtlich nicht nachkommen, weil die Einschätzung der NATO wohl dahingeht, dass zu viele unter Geheimhaltungsaspekten befindliche Teile in diesem Papier sind. Und das ist etwas, was ich zur Kenntnis zu nehmen habe und was ich natürlich nicht im nationalen Alleingang aushebeln kann.“

„Kann man doch“, ist dagegen aus der NATO zu hören. Dafür gibt es Beispiele, sagt Paul Schäfer, der Sicherheitsexperte der Linksfraktion:

O-Ton Schäfer

„So ist es ja schon mal gemacht worden bei dem ersten Bericht dieser Gruppe von McChrystal, der also dann diese Untersuchung ausgelöst hat. Dort hatten wir es auch zu tun mit einem NATO-vertraulichem Dokument, wo man die Schlussfolgerung und was daraus folgt, welche Untersuchungen jetzt durchgeführt werden müssen, das hat man also sozusagen abgekoppelt, und den Ob-leuten des Verteidigungsausschusses zugänglich gemacht. Also, es ließen sich da schon Mittel und Wege denken, um also das, worauf es ankommt bei diesem Bericht, dem Parlament und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.“

Doch daran ist die politische und militärische Führung der Bundeswehr offenbar nicht wirklich interessiert. Die Versäumnisse möchte sie nicht öffentlich ma-

chen. Da passt es gut, wenn man sich hinter dem als geheim eingestuften NATO-Untersuchungsbericht verstecken kann.

* * *

Flocken:

Soweit Andreas Dawidzinski.

Der Krieg in Afghanistan kann nicht allein militärisch gewonnen werden. Darüber sind sich selbst Spitzenmilitärs einig. Notwendig sei zugleich, den zivilen Aufbau zu stärken. Immer wieder ist vom Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ die Rede. Gemeint ist damit, die Zusammenarbeit von Streitkräften und Hilfsorganisationen. Doch die gestaltet sich in der Praxis als schwierig. Denn auf beiden Seiten gibt es noch immer erhebliche Vorbehalte. Christoph Heinzle berichtet:

Manuskript Christoph Heinzle

Die Debatte ist oft geprägt von Berührungängsten, Klischees, Vorurteilen und Begriffswirrwarr. Zivilisten und Militärs tun sich nicht leicht, miteinander über zivil-militärische Zusammenarbeit zu sprechen. Bei einem Konflikt wie dem in Afghanistan werden grundsätzliche, nicht selten ideologische, Bedenken noch verstärkt durch den konkreten Eindruck einer sich verschlechternden Sicherheitslage - und das bedeutet mehr Gefahr für Soldaten wie Entwicklungshelfer:

O-Ton Erös

„Es macht keinen Sinn, wenn wir uns in die Tasche lügen mit der vernetzten Sicherheit! Ich habe ja nichts gegen Bundeswehr. Aber da wo Soldaten auftauchen kracht's. Und da wo keine Soldaten auftauchen, kracht's halt weniger!“

Durch Zuspitzung mit einem gehörigen Schuss Polemik polarisierte Reinhard Erös beim Sicherheitspolitischen Forum im Hamburger Haus Rissen. Der frühere Bundeswehrarzt und Gründer der „Kinderhilfe Afghanistan“ hält den Militäreinsatz grundsätzlich nicht für die richtige Lösung am Hindukusch und bleibt deshalb auf Distanz. Mehr Militär erhöhe eher die Gefahr für zivile Helfer als sie zu mindern, so sein Tenor. Auch andere sind skeptisch. Blutige Gefechte, die hohe Zahl ziviler Opfer durch Militäroperationen und nicht zuletzt umstrittene

Aktionen wie nächtliche Hausdurchsuchungen hätten dem Image der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan geschadet, auch dem der zivilen Helfer, meinte Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe:

O-Ton Jamann

„Wir bekommen als Welthungerhilfe mittlerweile durchaus auch Probleme, diese über 400-500 afghanischen Mitarbeiter bei der Stange zu halten. Denn auch aus diesen Gründen werden unsere afghanischen Mitarbeiter zum Teil von ihren Familien, von ihren Freunden angesprochen, man sollte doch nicht mehr mit diesen deutschen Organisationen zusammenarbeiten oder für die arbeiten, und zwar nicht nur aus Sicherheitserwägungen. Das ist natürlich auch durchaus einer Propaganda der Aufständischen geschuldet. Aber diese Propaganda wirkt.“

Doch es sind nicht nur Sicherheitsbedenken, die viele Helfer die Zusammenarbeit mit Soldaten beim Wiederaufbau in Afghanistan scheuen lassen. Dem stellvertretenden Vorsitzenden von VENRO, dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen, Jürgen Lieser, geht es um das Vertrauen der Betroffenen:

O-Ton Lieser

„Das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit sehen wir als nicht geeignet an, weil es einerseits eine Instrumentalisierung ziviler Hilfe für militärische Ziele, nämlich Aufstandsbekämpfung, beinhaltet und weil es eine aus unserer Sicht ungute Verwischung der Grenzen zwischen den Aufgaben von Streitkräften, die politischer Natur sind, und dem humanitären oder entwicklungspolitischen Mandat von zivilen Hilfsorganisationen. Hilfsorganisationen müssen neutral und – wenn Sie so wollen – unparteilich sein. Das ist nämlich eine unverzichtbare Voraussetzung, um überhaupt in gewaltsamen Konflikten zu den Betroffenen und Bedürftigen kommen zu können.“

Dabei beklagen beide Seiten – Zivilisten wie Militärs – Reibungsverluste, Parallelarbeit und mangelhafte Koordination beim Wiederaufbau in Afghanistan. Nicht nur zwischen Zivilorganisationen und NATO, sondern auch innerhalb des Bündnisses, zwischen EU, NATO und Vereinten Nationen, innerhalb der Bundeswehr und der Bundesregierung, zwischen mehreren tausend Hilfsorganisationen am Hindukusch. So mahnte General Achim Lidsba, Chef des Stabes beim Deutschen Militärischen Vertreter im NATO-Militärausschuss:

O-Ton Lidsba

„Wenn wir das ohne Synchronisation, jeder in seinem eigenen Kästchen, weitertreiben, werden wir zu keinem Ergebnis kommen. Es muss der gordische Knoten durchschlagen werden. Wir müssen zu einer Annäherung der Akteure kommen. Und wir müssen die Bereitschaft haben, aufeinander zuzugehen. Und es muss auch die Bereitschaft da sein, sich koordinieren zu lassen.“

Bundeswehroffiziere versuchen dabei, das Bild vom Entwicklungshelfer in Uniform zu korrigieren. Kleinere Projekte im unmittelbaren Umfeld der Standorte sollen auch weiter der Informationsbeschaffung und der Kontaktaufnahme zur Bevölkerung dienen. Größere Entwicklungsvorhaben überließe man gerne verstärkt zivilen Organisationen, machte General Bruno Kasdorf klar. Der frühere Chef des Stabes im Hauptquartier der Afghanistan-Schutztruppe ISAF wünscht sich nicht nur mehr Soldaten für Afghanistan, sondern auch mehr ziviles Engagement, vor allem in Gebieten mit labiler Sicherheitslage:

O-Ton Kasdorf

„Wir sind mit vielen Dingen dort beauftragt worden, wo man per se sagt: ist das wirklich unsere Aufgabe? In einer solchen Situation konnten wir dem teilweise nicht ausweichen, auch dem Brunnenbohren nicht. Wenn wir nämlich die Brunnenbohrer immer vor Ort gehabt hätten, dann hätten wir es selber nicht gemacht. Unsere Aufgabe ist es zunächst einmal, dafür zu sorgen, dass wir Sicherheit haben. Und das macht dann auch nur 20 Prozent der Gesamtaufgabe aus. Und Sicherheit sorgt dafür, dass Zeit gewährt wird, dass Raum gewährt wird für diejenigen, die dann langfristig etwas bewegen können. Aber wenn die Sicherheit nicht da ist, kommen die Organisationen auch nicht und machen es. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung.“

Dass zivil-militärische Zusammenarbeit weder auf politischer Ebene noch vor Ort umfassend und zufriedenstellend funktioniert, bringt Kasdorf nicht von seiner Grundbotschaft ab:

O-Ton Kasdorf

„Ein Versagen in Afghanistan ist für die NATO mit Blick auf die wahrscheinlichen möglichen Konsequenzen keine Option. Der vernetzte Ansatz ist der einzige Weg zum Erfolg in Afghanistan. Bisher sind weder auf der militärischen noch auf der zivilen Seite die für einen Erfolg erforderlichen Ressourcen bereit gestellt worden.“

Doch wer soll die Führung übernehmen für eine Vernetzung von Soldaten und zivilen Helfern – in Afghanistan wie bei zukünftigen Kriseneinsätzen? Die Ver-

einten Nationen wohl am ehesten, obwohl sie weder direkten Zugriff auf Soldaten noch auf Nichtregierungsorganisationen haben. NATO und EU in Kooperation wohl kaum, solange der Streit um den EU-Beitritt des NATO-Staates Türkei weiter geht. Zivile Kräfte einzelner Staaten könnten vielleicht für Kriseneinsätze der Nato zur Verfügung gestellt werden, meinte Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität München:

O-Ton Masala

„Wenn es zu so etwas nicht kommt, dann werden wir weiterhin Streitkräfte haben, die schwerpunktmäßig Sachen machen müssen, für die sie eigentlich gar nicht ausgebildet wurden, nämlich zivilen Wiederaufbau. Dadurch dass die Präsenz von Streitkräften auch beim zivilen Aufbau so massiv ist, weil sie teilweise in Gegenden sind, wo sich andere nicht reintrauen, aber wo die Arbeit gemacht werden muss, erzeugt man über kurz oder lang natürlich den Eindruck, Besatzer zu sein.“

Doch viele Helfer sehen das Problem nicht nur im Vordringen des Militärs auf das Feld der zivilen Hilfe, sondern grundsätzlich in der massiven Präsenz von Soldaten. So stellte Jürgen Lieser von VENRO fest:

O-Ton Lieser

„Trotz starker militärischer Präsenz, fortgesetzter Truppenverstärkungen und intensiver Anstrengungen für den zivilen Aufbau konnten die in Afghanistan engagierten Staaten bisher ihre militärischen und politischen Ziele nicht erreichen. Die Afghanistan-Strategie droht zu scheitern.“

General Kasdorf entgegnete:

O-Ton Kasdorf

„Afghanistan-Strategie gescheitert? Fragezeichen. Welche Strategie? Welche Ziele verfolgen wir denn da überhaupt? Sind wir uns einig? Wir sind uns nicht einig. Die Idee, dass die internationale Gemeinschaft in Afghanistan in einem Boot sitzt, haben Sie gerade selber widerlegt. Weil Sie gesagt haben, wir dürfen auch nicht zu nah an den Streitkräften sein, weil wir ja neutral sein wollen. Wir verfolgen aber ein Ziel. Und deshalb ist auch USAID beispielsweise, eine amerikanische Regierungsorganisation, natürlich dabei, wenn es darum geht, Aufstandsbekämpfung zu betreiben. Im Sinne der amerikanischen Regierung und nicht im Sinne einer unabhängigen Nichtregierungsorganisation.“

Wenn denn die gemeinsame Strategie fehlt, gibt es dann wenigstens ein gemeinsames Ziel? Offensichtlich nicht. Wo für Militärs Aufstandsbekämpfung

und Eindämmung des Terrorismus im Mittelpunkt stehen, geht es für zivile Helfer wie Wolfgang Jamann von der Welthungerhilfe um die Lebensverhältnisse in Afghanistan, um humanitäre Hilfe:

O-Ton Jamann

„Wir wollen, wenn Kohärenz und Vernetzung überhaupt möglich ist, ein Primat der Schaffung von menschlicher Sicherheit sehen, die an Armutsbekämpfung orientiert ist. Wir sollten uns beim Thema vernetzte Sicherheit regelmäßig fragen: was koordinieren wir eigentlich? Koordinieren wir den Kampf gegen Aufständische? Koordinieren wir das State Building? Koordinieren wir die Sicherheit der humanitären Helfer oder doch eher die Herstellung sicherer Lebensverhältnisse der Afghaninnen und Afghanen?“

Einer Koordination durch staatliche Stellen stehen die meisten Hilfsorganisationen jedenfalls weiterhin skeptisch gegenüber – auch aus inhaltlichen Gründen, wie Jürgen Lieser verdeutlichte.

O-Ton Lieser

„Sie müssen auch sehen, dass die Mehrzahl der Nichtregierungsorganisationen ganz bewusst eine Distanz nicht nur zum Militär, sondern eben auch zu politischen Instanzen pflegt, weil sie sonst in die Gefahr gerät, eben sozusagen in dieses politische Konzept eingebunden zu werden, was sie selber aber nicht mitdefinieren können. Wenn wir als NGOs im Grunde genommen am Afghanistan-Konzept der Bundesregierung mitschreiben könnten, könnten wir ja nochmal darüber reden.“

Und so muss das hehre Ziel der zivil-militärischen Zusammenarbeit am Ende der Einsicht in die realen Verhältnisse weichen. Statt von Koordination spricht Bundeswehrgeneral Achim Lidsba schließlich nur noch von Information:

O-Ton Lidsba

„NGOs will keiner im militärischen Sinne koordinieren. Meine Mindestanforderung für die Zusammenarbeit mit NGOs ist ‚situation awareness‘: dass wir voneinander wissen, was wir tun und dass wir vorzugsweise Zielkonflikte ausschließen, was die praktische Zusammenarbeit angeht. Das ist, denke ich, ein Mindeststandard, den wir gemeinsam anstreben sollten.“

Mit diesem kleinsten gemeinsamen Nenner könnten wohl auch viele Hilfsorganisationen leben. Mehr scheint derzeit nicht machbar, acht Jahre nach Sturz des Talibanregimes.

* * *

Flocken:

Noch immer lagern in Deutschland taktische US-Atomwaffen. Vor einigen Jahren bemühte sich die rot-grüne Koalition vergeblich um ihren Abzug. Jetzt gibt es einen neuen Anlauf: Die schwarz-gelbe Regierung setzt sich für den Rückzug dieser Waffen ein. Doch wie realistisch ist diese Ankündigung? - Otfried Nassauer ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Otfried Nassauer

Es war eine gelungene Überraschung. In ihrem Koalitionsvertrag verkündeten CDU/CSU und FDP, die neue Bundesregierung werde sich im Zusammenhang mit der Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags und der Überarbeitung der NATO-Strategie 2010 - Zitat -

„im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.“

Die Unionsparteien gewährten der FDP, was sie der SPD beharrlich verweigert und noch im Weißbuch 2006 ausgeschlossen hatten: Die Beendigung des technischen Teils der nuklearen Teilhabe in der NATO – also der Bereitstellung deutscher Tornado-Jagdbomber und ihrer Besatzungen für den Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen im Kriegsfall. Zwischen 10 und 20 dieser Waffen werden noch immer im Eifeldörfchen Büchel gelagert.

Guido Westerwelle, damals noch designierter Außenminister, war die Genugtuung, sich mit dieser Initiative durchgesetzt zu haben, deutlich anzumerken.

O-Ton Westerwelle

„So freue ich mich darüber, dass sich die Koalition darauf verständigen konnte, unmittelbar in dieser Amtszeit die Gespräche mit unseren Verbündeten aufzunehmen, damit Deutschland ein atomwaffenfreies Land wird. Wir wollen, dass die letzten Atomwaffen, die in Deutschland noch stationiert werden, abgezogen werden.“

Angela Merkel, die alte und neue Kanzlerin äußerte sich deutlich vorsichtiger:

O-Ton Merkel

„Wichtig ist mir – in Gesprächen mit unseren Partnern. Wir machen sozusagen ja kein einseitiges Handeln.“

Schwarz-gelb durfte sich seiner Sache recht sicher sein. Dem Vernehmen nach wurde Washington vorab konsultiert und hatte sich aufgeschlossen gezeigt. Befürchtungen, der Schritt könne als Einmischung in amerikanische Angelegenheiten gedeutet werden, waren also gegenstandslos. Auch mit Blick auf andere NATO-Staaten wurde vorgebeugt. Polen, das an den US-Atomwaffen in Europa gerne festhalten möchte, wurde von Außenminister Westerwelle mit dessen erstem Auslandsbesuch beehrt. Mit den Kollegen aus Belgien und den Niederlanden traf er sich wenig später. Beide Länder beteiligen sich an der nuklearen Teilhabe und zeigten sich offen für die deutsche Initiative. Gute Voraussetzungen für Westerwelle, um das Thema auch beim ersten Treffen mit seiner amerikanischen Kollegin, Hillary Clinton, erneut anzusprechen.

In Washington steht zumindest die Regierungsspitze dem Vorstoß offen gegenüber. Sie will allerdings sicher gehen, dass ein Abzug nicht als Abwendung der USA von Europa bewertet wird. Präsident Obama würde seiner Vision einer nuklearwaffenfreien Welt gerne sichtbare Abrüstungstaten folgen lassen. Sein Sicherheitsberater, Jim Jones, war als NATO-Oberbefehlshaber 2005 und 2006 für den letzten größeren Atomwaffenabzug aus Europa zuständig. Damals wurden die großen Atomwaffendepots in Ramstein und im englischen Lakenheath geräumt. Etliche Regierungsmitglieder befürworten zudem eine deutliche Verringerung der Rolle nuklearer Waffen in der US-Militärstrategie. Das würden sie gerne in der neuen Nuklearplanung, dem Nuclear Posture Review, verankert sehen. Den Bericht muss Obama dem Kongress im Februar nächsten Jahres zuleiten. Mit diesen Vorstellungen ließe sich ein Abzug der letzten in Europa gelagerten Atomwaffen gut vereinbaren.

Es gibt allerdings auch Regierungsmitglieder, die gegen eine Reduzierung der Bedeutung nuklearer Waffen und gegen einen Abzug der sogenannten sub-strategischen Waffen aus Europa sind. Zu ihnen gehört Pentagonchef Gates. Unter seiner Leitung entsteht der Nuclear Posture Review. Gates plädiert für eine Modernisierung des amerikanischen Atomwaffenarsenals. Beim Treffen

der NATO-Verteidigungsminister im Juni sprach er sich für den Verbleib der Nuklearwaffen in Europa aus. Unterstützung bekommt er vom Strategic Command der USA, das für die nukleare Einsatzplanung zuständig ist, und von der Nationalen Nuklearen Sicherheitsbehörde des Energieministeriums. Sie ist verantwortlich für Entwicklung, Bau und Sicherheit der amerikanischen Atomwaffen. Auch wichtige Mitglieder der nuklearen Arbeitsebene der NATO lehnen einen Abzug ab.

Polen und andere neue Bündnismitglieder würden gerne an den US-Atomwaffen in Europa festhalten. Für diese Länder sind die Waffensysteme eine Rückversicherung der NATO vor einer russischen Großmachtspolitik. Aus Warschau kam auch der Vorschlag, die atomaren Waffen in Polen zu stationieren, falls Deutschland auf sie verzichten würde. Doch dazu wird es nicht kommen. Bei der ersten NATO-Osterweiterung machte Washington 1997 Moskau verbindliche Zusagen, auf die Stationierung atomarer Waffen in den neuen Mitgliedsstaaten zu verzichten. Oft wird die Türkei als potenzielles Hindernis für einen Abzug der Atomwaffen genannt. Ankara brauche die Waffen, weil der Nachbar Iran nach Nuklearwaffen strebe. Das Argument dürfte die Türkei falsch einschätzen. Ankara lehnt die dauerhafte Stationierung nuklearfähiger US-Flugzeuge seit vielen Jahren ab. Ministerpräsident Erdogan nutzte kürzlich einen Besuch in Teheran, um sich für einen nuklearwaffenfreien Nahen und Mittleren Osten auszusprechen und die Nuklearpolitik der NATO-Staaten zu kritisieren.

Die Befürworter der nuklearen Teilhabe in Deutschland hoffen, dass sich die Gespräche im Bündnis tot laufen. Kommt es nicht zu einer Einigung auf den Abzug, bliebe alles beim Alten. Aus ihrer Sicht ist die nukleare Teilhabe Garant einer ungeteilten und glaubwürdigen Nuklearabschreckung in Europa. Zudem garantiere das Mitmachen bei der Teilhabe, dass Deutschland auch bei Atomfragen mitentscheiden könne, so ist zu hören. Zusammenfassend trug Thomas Kossendey, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, diese Argumente im vergangenen Jahr im Bundestag vor:

O-Ton Kossendey

„Wer möglichst schnell alle nuklearen Sprengköpfe aus Deutschland und Europa abziehen will, wer das im Moment einseitig von Deutschland verlangt, der stellt in Wirklichkeit einen Kernbestand der Atlantischen Allianz infrage und er will letztlich die Beziehungen zwischen Nordamerika und Europa dauerhaft schwächen. (...) Wer ein einseitiges Ende der nuklearen Teilhabe unseres Landes verlangt, der muss sich darüber im Klaren sein, dass wir damit auch das Recht auf Mitsprache beim Einsatz von Atomwaffen in der NATO aufgeben. Deutschland wäre nicht mehr in den beschlussfassenden Gremien der NATO repräsentiert.“

Beide Aussagen sind fragwürdig oder sachlich falsch. Japan und Südkorea leben unter dem Schutz einer amerikanischen Nukleargarantie, ohne dass dort Nuklearwaffen und Nuklearwaffenträger stationiert wären. Eine „Nukleare Teilhabe“ gibt es in beiden Ländern nicht. Die Mitsprache in den nuklearen Gremien der NATO steht seit vielen Jahren allen NATO-Mitgliedern offen, nicht nur jenen, die sich an der nuklearen Teilhabe beteiligen.

Die Initiative der Bundesregierung kommt gerade noch rechtzeitig, um konstruktiv auf die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages NVV und die Erarbeitung der neuen NATO-Strategie einwirken zu können. Dazu müsste sie allerdings rasch in deutliche Signale umgesetzt werden. Bereits beim Ministertreffen der NATO im kommenden Monat müssten erste Weichen gestellt werden. Nur wenn die NATO-Staaten signalisieren, dass Atombomben künftig nicht mehr benötigt werden, kann ihre Position Eingang in die Nuklearplanung der USA finden, die im Februar 2010 verabschiedet werden soll. Nur dann werden die in den USA anlaufenden Planungen für eine Modernisierung der in Europa gelagerten Atomwaffen und ihrer Trägersysteme überflüssig. Nur die NATO-Mitglieder selbst können zu dem Schluss kommen, dass die nukleare Abschreckung auch dann gewährleistet bleibt, wenn sie allein auf seegestützte Atomwaffen basiert. Die Bereitschaft, auf taktische Atomwaffen in Europa zu verzichten, kann zudem die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im Frühjahr 2010 positiv beeinflussen. Nukleare Abrüstungsbereitschaft dürfte hilfreich sein, wenn zugleich strengere Nichtverbreitungsinstrumente durchgesetzt werden sollen. Würde ein solcher Beschluss erst beim nächsten turnusmäßigen Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO im Juni gefasst, so käme das Signal zu spät.

Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung finden Sie in der Mediathek und als Podcast unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.